

Kliniken in der Corona-Krise

Zwischen Hoffen und Bangen

Angesichts der dramatisch steigenden Liquiditätsprobleme haben die Kliniken auch in den ersten Wochen des neuen Jahres die Politik mit dringenden Appellen zum Einlenken aufgefordert. Die fehlende Planungssicherheit stellt Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen vor immer größere Probleme.

Die Ausgleichsregelungen für coronabedingte Freihaltungen, Erlösausfälle und Mehraufwendungen für Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen wurden Ende Januar 2021 zwar per Rechtsverordnung um vier Wochen verlängert und auf Spezialkliniken für Lungen- und Herzerkrankungen erweitert, wirkliche Sicherheit schafft dies aber nicht. Zahlungsengpässe und drohende Insolvenz sind für die Kliniken allein schon schlimm genug, die Ungewissheit über den Fortgang der politischen Entscheidungen zehrt zusätzlich an den Kräften der Einrichtungen und ihres Personals.

Wie die wiederholten Appelle der Kliniken und ihrer Verbände zeigen, wächst bei ihnen auch der Unmut über offensichtlich fehlerhafte und ausbleibende gesetzliche Regelungen. So schreibt der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands (VKD) Mitte Januar in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder: „Weder unsere seit einem Jahr immer stärker belasteten Mitarbeiter noch die Bevölkerung werden (...) verstehen, wenn es ausgerechnet in der Folge von Pandemiemaßnahmen des Gesetzgebers zu Insolvenzen, Klinik- und Stationsschließungen käme, weil die Einrichtungen dem Aufruf zur Daseinsvorsorge gefolgt sind, nun aber im Stich gelassen werden.“ Bereits seit Mitte Dezember hatte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) nahezu im Wochenrhythmus die Politik öffentlich dazu aufgerufen, die Ungewissheit zu beenden und die Liquiditäts- und Insolvenzsicherung der Kliniken unverzüglich zu regeln.

Konkrete und inhaltlich gleichlautende Regelungsvorschläge wurden der Politik von der DKG ebenso wie vom VKD und dem BDPK vorgelegt:

- Sofortige Liquiditätshilfe für alle Kliniken, die sich am konkreten Leistungsgeschehen und der damit verbundenen Erlöslage der einzelnen Kliniken orientiert.
- Verpflichtender Ganzjahresausgleich Ende 2021 (bezogen auf das Jahr 2019, Ausgleichssatz 85 Prozent).
- Befreiung der Kliniken von nicht zwingend notwendigen Dokumentations- und Nachweisverpflichtungen.
- Aussetzen der Pflegepersonaluntergrenzen und deren Dokumentation mit sofortiger Wirkung für alle Krankenhäuser.
- Beschränkung der Prüfquote des Medizinischen Dienstes auch für das Jahr 2021 auf maximal fünf Prozent.
- Dauerhafte Beibehaltung des Fünf-Tage-Zahlungsziels der Krankenkassen für die Begleichung von Krankenhausrechnungen.

In einem Schreiben an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erläuterte BDPK-Präsidentin Dr. Katharina Nebel Mitte Januar zusätzlich die Belastungen der Reha-Einrichtungen. Diese warten bereits seit drei Monaten auf entsprechende Erlöszahlungen der Krankenkassen. Zudem sind die per Gesetz eingeführten Zuschläge für coronabedingte Mehrkosten in den Kliniken bisher kaum angekommen, da der Zuschlag für jede Einrichtung einzeln und mit jeder Krankenkasse gesondert verhandelt werden muss. Dr. Nebel: „Das ist bei bundesweit mehr als 1.200 Vorsorge- und Reha-Einrichtungen und über 100 Krankenkassen in Corona-Zeiten nicht leistbar.“ Da die Krankenkassenverbände einheitliche Verhandlungen auf Bundes- oder Landesebene ablehnen, weil sie dafür keine gesetzliche Legitimation sehen, müsste der Gesetzgeber die Lücke unverzüglich schließen.

Ob die Appelle und Vorschläge Wirkung zeigen und welche Reaktion von der Politik folgt, ist nach derzeitigem Stand ungewiss.



Herbert M. Pichler, langjähriger Vorsitzender des Verbandes der Privatkrankenanstalten in Bayern e.V. und Gründer des Beratungsunternehmens FuturaMed GmbH, wurde am 15. Dezember 2020 von der bayerischen Gesundheitsministerin Melanie Huml mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. Der Bundespräsident hatte ihm die Auszeichnung

bereits im Oktober 2019 verliehen, Corona bedingt erfolgte die Übergabe erst im Dezember 2020. Gewürdigt wurde damit unter anderem sein unermüdliches ehrenamtliches Engagement im bayerischen Landesverband, als Mitglied des BDPK-Vorstandes und als Vorstandsmitglied der bayerischen Krankenhausgesellschaft. Neben seinem beruflichen und ehrenamtlichen Wirken im Gesundheitswesen ist Pichler Ehrenpräsident des Vereins „Arco-Nepal“ und engagiert sich für den Artenschutz in Nepal.